

Ressort: Politik

Gesetz zu sicheren Herkunftsstaaten scheitert im Bundesrat

Berlin, 10.03.2017, 11:37 Uhr

GDN - Der Bundesrat hat am Freitag wie erwartet dem Gesetz zur Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsstaaten die Zustimmung versagt. Die erforderliche absolute Mehrheit von 35 Stimmen kam für das Gesetz, welches der Bundestag im Mai 2016 verabschiedet hatte, nicht zustande.

Damit kann es nicht in Kraft treten. Bundesregierung oder Bundestag können nun den Vermittlungsausschuss anrufen, um dort über eine Einigung zu verhandeln. Bis auf Baden-Württemberg hatte vor der Abstimmung keines der Länder mit Regierungsbeteiligungen der Grünen ein positives Votum für das Gesetz erkennen lassen. Die Fraktionschefin und Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, hatte zuletzt betont, dass es beim Nein der Partei bleibe.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86434/gesetz-zu-sicheren-herkunftsstaaten-scheitert-im-bundesrat.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com